

Antrag des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD)**„Innere Sicherheit erster Schritt: Ehrlichkeit in der Statistik“**

Die Grenzöffnung von 2015 und der damit einhergehende Kontrollverlust im Bereich der Inneren Sicherheit ist nicht den Sicherheitsbehörden anzulasten, sondern es sind die rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen, die geändert werden müssten.

Polizeigesetze in Bremen oder anderswo zu verabschieden und zu verschärfen, die keine Stützung durch die Politik erhalten, macht allerdings wenig Sinn. Diese mit teils problemverdrängenden (Fußfesseln) und teils selbst problematischen Maßnahmen zu erfüllen (ungeklärte Fragen bei der angewendeten Software bei der Quellen-Telekommunikationsüberwachung), ist wenig zielführend.

Vor dem dritten Schritt der Verschärfung der Gesetze, bedürfte es einen erkennbaren Willen der Politik, die schon vorhandenen umsetzen zu wollen und die Polizei nicht nur zahlenmäßig, sondern auch mental zu stärken und unterstützen zu wollen.

Vor diesem zweiten Schritt aber ist Ehrlichkeit über den Status quo herzustellen.

Zu diesem Zweck beantragt die Alternative für Deutschland mehr Wahrheit und Klarheit in die Kriminalitätsstatistik und deren Deutung zu bringen. Das Land Niedersachsen kann dabei in drei Punkten als Vorbild dienen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

den Senat zu ersuchen,

1. das Landeskriminalamt anzuweisen, nach dem Vorbild Niedersachsens, ab dem 1. September 2018 provisorisch und ab 2019 planmäßig die Straftaten im Land, einschließlich der Täterherkunft, ihrer Staatsangehörigkeit, ihres Alters und eines eventuellen Migrationshintergrundes zu erfassen, bei denen Messer zum Einsatz gekommen sind;
2. das Landeskriminalamt analog dem Vorgehen Niedersachsens anzuweisen, für die Jahre ab 2016 die entsprechenden Straftaten aus den bestehenden Daten auszuweisen;
3. nach dem Vorbild Niedersachsens eine Dunkelfeldstudie für Bremen und Bremerhaven in Auftrag zu geben, die 2019 virulent wird.

Alexander Tassis (AfD)